

Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Demokratie – auch und gerade in der Pandemie!

Positionierung* des Landessportbundes Rheinland-Pfalz zu aktuellen antidemokratischen und gewaltvollen Haltungen und Handlungen im Kontext der Corona-Pandemie.

*In Anlehnung an die Positionierung der dsj und des DOSB zu aktuellen antidemokratischen und gewaltvollen Haltungen und Handlungen im Kontext der Corona-Pandemie vom 19. Januar 2022



**LANDESSPORTBUND
RHEINLAND-PFALZ**



Der Landessportbund Rheinland-Pfalz beteiligt sich seit Beginn solidarisch an der gesamtgesellschaftlichen Herausforderung eines bestmöglichen Umgangs mit der Coronavirus-Pandemie. Gemeinsam mit den drei regionalen Sportbünden Rheinland, Pfalz und Rheinhessen hat er sich konstruktiv kritisch, aber im Ergebnis immer klar dazu bekannt, dass die Vorgaben des Infektionsschutzes, wesentliche Teile der Corona-Verordnungen und die erforderlichen Hygienemaßnahmen nahezu alternativlose Wege aus der Pandemie sind. Es wurden sehr früh gemeinsam mit dem DOSB Leitplanken entwickelt, eine eigene Impfkampagne ins Leben gerufen sowie eigene Maßnahmen ergriffen und die rheinland-pfälzische Sport-Community zum Impfen aufgerufen. Zuletzt haben wir die Impfkampagne der rheinland-pfälzischen Landesregierung mit rund 50 Impfbus-Einsätzen in Kooperation mit den Sportvereinen vor Ort stark unterstützt.

Für den organisierten Sport im Land waren die vergangenen fast zwei Jahre, wie für andere gesellschaftliche Bereiche auch, entbehrungsreich. Sie haben Kraft und auch viel zu viele – über 50.000 – Mitgliedschaften in den Sportvereinen gekostet. Die praktische Handhabung und Umsetzung der Coronaverordnungs-Regeln und -Einschränkungen stellen insbesondere die Sportvereine vor große Herausforderungen. Die zum großen Teil ehrenamtlich Engagierten sind – neben ihren sonstigen fordernden Aufgaben rund um Vereinsorganisation und Training – mit den stets wechselnden Regelungen zur Öffnung oder Schließung der Sportstätten und Vereinsangebote, der Fürsorge für ihre Vereinsmitglieder, der Organisation von Test- oder Impfstatuskontrollen, der Umsetzung von Abstands- und Hygienekonzepten sowie dem Ausfall von Übungsleiter*innen enorm belastet.

Der organisierte Sport blickt mit großer Sorge auf die Versuche, die mühsam bisher erreichten Erfolge in der Pandemie-Bekämpfung wissentlich zu untergraben sowie die komplexen medizinethischen und gesellschaftspolitischen Debatten zu instrumentalisieren und für antidemokratische Zwecke zu benutzen. Orchestrierte Schein-Empörungen und gesteuerte Eskalationen in Chat-Gruppen und auf den Straßen, „subversive Spaziergänge“ statt angemeldeter Demonstrationen, Wissenschaftsleugnung, Antisemitismus und Holocaust-Verharmlosung, Angriffe auf Journalist*innen, Politiker*innen, Polizist*innen und Ärzt*innen, Radikalisierung, Mordaufrufe – all das kann und darf nicht als „freie Meinungsäußerung“ akzeptiert werden.

Der Landessportbund Rheinland-Pfalz stellt sich ausdrücklich gegen antidemokratische und gewalttätige Haltungen und Handlungen (siehe auch das Positionspapier zum Umgang mit antidemokratischen Gruppierungen). Die Spaltungsversuche, zum Teil organisiert durch Akteur*innen und Organisationen der extremen Rechten, treffen die Grundprinzipien des guten Miteinanders und damit das demokratische Zusammenleben auf Basis der freiheitlich-demokratischen Grundordnung im Rechtsstaat. Sie treffen somit auch den organisierten Sport.

Wir stehen klar und deutlich:

- für die gemeinsame und solidarische Anstrengung, durch u. a. die Corona-Schutz-Impfung (inkl. Booster-Impfung) eine weitere Verschärfung der Pandemie zu verhindern und damit Sport im Verein, insbesondere für Kinder und Jugendliche, zu ermöglichen,
- für eine kritische Auseinandersetzung mit gesellschaftspolitischen Debatten bei Anerkennung von Expertisen der verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen,
- für Verantwortung einer*s jeden für die Gemeinschaft,
- für das Recht auf Versammlungsfreiheit und freie Meinungsäußerung als hohes demokratisches Gut, im gesetzlich definierten und für alle geltenden Rahmen,
- für eine klare Haltung gegen Gewalt, Antisemitismus, Holocaustverleugnung und Menschenverachtung sowie
- für gesellschaftlichen Zusammenhalt und Demokratie – auch und gerade in der Pandemie!

Mainz, 31.01.2022